



Rede von
Guido van den Berg MdL

zum Antrag:

**„Grundrechtsschädliche Terrorpakete stoppen –
Meinungsfreiheit bewahren – Registrierungspflicht
für Prepaid-Mobilfunktelefonkarten streichen“**

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/12340

**am Donnerstag, 7. Juli 2016
im Landtag von Nordrhein-Westfalen
in Düsseldorf
(in APr 16/118)**

www.guido-vandenbergh.de

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Herrmann. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen van den Berg das Wort.

Guido van den Berg (SPD): Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Herr Herrmann, vielleicht kommen wir noch einmal auf das zurück, was eigentlich Gegenstand der Angelegenheit ist. Sie formulieren in der Sachverhaltsbeschreibung Ihres Antrags, dass – Zitat – „neue Einschränkungen für die informationelle Selbstbestimmung“ erfolgen würden. Fakt ist aber: Bereits seit 2004 ist in § 111 des TKG gesetzlich vorgeschrieben, dass die Anbieter beziehungsweise die Händler der Daten des Rufnummerinhabers diese zu erheben haben. Es ist also kein neues Recht, das geschaffen wird, sondern es geht hier um eine Vollzugsverbesserung, die wir herbeiführen.

Ich glaube, es ist für viele, die sich mit der inneren Sicherheit in unserem Land beschäftigen, ein ziemlich unerträglicher Zustand, dass der Gesetzgeber eine Erhebungspflicht einfordert und sich quasi jeder mit der Angabe des Namens Micky Maus da herausstehlen kann. Das kann nicht wahr sein. Es ist naheliegend, dass diese Lücke gerade von Straftätern weidlich ausgenutzt wird.

Herr Herrmann, lassen Sie mich das auch sagen: Ich finde es schon befremdlich, dass Sie – wie ich feststelle, wenn ich mir zum Beispiel die Homepages der Piraten in Baden-Württemberg angucke – quasi ganze Bauanleitungen dafür geben, wie man hier Anonymität herstellen kann: dass Sie dort vorschlagen, wie anonyme E-Mail-Adressen zu beschaffen sind, wie man falsche Postanschriften erfinden und im Internet platzieren kann, wie man IP-Adressen verschleiern kann und Ähnliches. Überlegen Sie sich einmal, ob Sie damit dem Rechtsstaat und einem Verfahren einen guten Dienst erweisen.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Ich finde schon! Das ist eine gute Idee!)

Meine Damen und Herren, das Bundesgesetz ...

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Manchmal muss man anonym sein!)

– Es ist ein Grundrecht, seine Meinung zu äußern, Herr Herrmann. Aber darüber, ob es ein Grundrecht ist, in einer Demokratie anonym zu agieren, kann man weidlich streiten.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Manchmal muss man seine Meinung anonym äußern! Das ist höchst richterlich so entschieden!)

– Herr Herrmann, lassen Sie mich. – Es gibt das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. In der Tat wird momentan auf europäischer Ebene darüber entschieden, ob das mit der Europäischen Menschenrechtskonvention übereinstimmt.

Es gibt auch viele Fragen, die zu klären sind. Ich will nicht so tun, als ob das alles problemlos wäre; denn wenn Daten erhoben werden, muss immer auch geklärt werden, wie es mit der Datensicherheit aussieht und wie das gehandelt wird. Ich tue an dieser Stelle nicht so, als ob man keine Probleme damit hätte. Ich denke, meine Kollegin Verena Schäffer wird gleich vertieft darauf eingehen.

Ich glaube aber, man muss sich damit beschäftigen, ob Ihre These richtig ist, dass nur ein anonymer, mobiler Internetzugang quasi das Kriterium dafür ist, dass man einen freien Zugang zu Informationen hat und seine Meinung frei äußern kann.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Das ist die letzte Bastion! Wir sind grundsätzlich für Anonymität! Alle anderen Sachen sind schon registriert!)

– Herr Herrmann, das haben Sie in Ihrem Antrag behauptet. Das bestreite ich an dieser Stelle sehr deutlich. Sie tun quasi so, als sei der Straßenverkehr nur möglich, wenn keiner ein Kfz-Kennzeichen hat, weil man in einer Gesellschaft nur dann Mobilitätsfreiheit herstellen kann.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Beim Einkaufen muss ich mich demnächst schon in der Innenstadt anmelden!)

Vielmehr haben Kfz-Kennzeichen in einer Gesellschaft schon einen Sinn. Natürlich muss man sicherstellen, dass beim Kfz-Kennzeichen der Datenschutz und anderes gewährleistet ist.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Sie melden sich demnächst schon an, wenn Sie in der Innenstadt einkaufen gehen, ganz ordentlich mit Karte!)

– Herr Kollege, es ist ein bisschen schwierig. Stellen Sie eine ordentliche Zwischenfrage! Sie wissen, dass ich immer gerne bereit bin, eine Frage zu beantworten.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege van den Berg, Ihre Aufforderung ist sofort erhört worden,

(Guido van den Berg [SPD]: Ja, genau!)

wie nicht anders zu erwarten war. – Bitte schön.

Torsten Sommer (PIRATEN): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage nicht nur zulassen, sondern sogar anfordern.

(Guido van den Berg [SPD]: Bitte!)

Die Anonymität im Netz ist im Endeffekt nichts anderes als ein Widerspiegeln der Anonymität, die besteht, wenn ich mich ganz normal über irgendwelche Straßen bewege oder mich in irgendwelche Städte begeben. Wenn ich die Denke aus dem Internet, auf deren Grundlage Sie hier eine Vollregistrierung fordern, nachvollziehe, komme ich zu dem Schluss, dass Sie von jedem Menschen, der irgendeine Straße in irgendeiner Innenstadt benutzt, fordern, dass er sich vorher namentlich registriert. Wollen Sie das wirklich?

Guido van den Berg (SPD): Nein. Das ist auch nicht Fakt, sondern wir machen zum Teil das Gegenteil.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Das ist nicht Fakt?)

– Nein, das ist nicht Fakt; denn wir haben zum Beispiel an ganz vielen Stellen Freifunknetze geschaffen, und wir haben in den letzten Monaten die Abschaffung der Störerhaftung vorangetrieben. Dadurch ist natürlich auch weiterhin eine anonyme Teilhabe am Internet möglich.

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Sie wollten eine Frage! Beantworten Sie sie doch!)

Sie tun so, als ob die mobile Nutzung des Internets quasi ein Grundrecht und die einzige Möglichkeit der Teilhabe an der Demokratie wäre. Ich glaube, das kann man mit Fug und Recht hinterfragen und am Schluss natürlich auch juristisch bewerten.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Alles andere ist schon registriert!
Das ist die letzte Möglichkeit!)

Meine Damen und Herren, das stört mich an dem Antrag ebenfalls: Es ist mitnichten so, dass durch das, was jetzt gesetzlich passiert, Inhalte erfasst werden, sondern es wird lediglich überprüft, ob die angegebenen Daten mit realen Daten übereinstimmen. Ich glaube, dass das ein Weg ist, den zu gehen man in einer Demokratie von den Staatsbürgern auch ein Stück weit einfordern kann.

Sie haben eine andere Auffassung, sehen eine – Zitat – „Gefährdung der freien Meinungsäußerung“ darin und verknüpfen diese mit einer anonymen Demokratie. Das ist ein Bild, das wir in der SPD-Fraktion nicht teilen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir glauben sehr wohl, dass das Leitbild eines Bürgers, der sich demokratisch einmischt und sagt: „Ich bin der und der und tue das gerne“, in einer Demokratie eigentlich mehr geschützt werden muss: dass dem Betreffenden nichts widerfährt und dass er das an jeder Stelle frei und offen machen kann.

Sie fordern stattdessen quasi, dass man alles hinter einem Schleier sagen und sich hinter einem Schleier einmischen soll. Ich glaube, dass es das falsche Bild von demokratischer Mitwirkung ist, das Sie an dieser Stelle vermitteln. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hegemann das Wort.

* * *